

Amtsgericht München

München, 22.10.2012

111 C 22820/12

Verfügung

Rechtsstreit

_____ wg. Forderung

1. Termin zur Güteverhandlung und für den Fall des Nichterscheinens einer Partei oder der Erfolglosigkeit der Güteverhandlung unmittelbar anschließender Termin zur Verhandlung über den Einspruch gegen das Versäumnisurteil und die Hauptsache wird bestimmt auf

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Zimmer/Etage/Gebäude
_____	_____	_____

Der Einspruch gegen das am 06.10.2012 der Gegenpartei zugestellte Versäumnisurteil ist am 18.10.2012 bei Gericht eingegangen.

Belehrungen

Schriftliche Erklärungen entbinden Sie nicht von der Pflicht zum Erscheinen im Termin. Wenn Sie nicht erscheinen und auch keinen mit schriftlicher Vollmacht versehenen volljährigen Familienangehörigen oder einen anderen nach § 79 Abs. 2 ZPO zugelassenen Bevollmächtigten zum Termin entsenden, kann dies zum Verlust des Prozesses führen. Gegen die nicht erschienene Partei kann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331a, 251a ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Dies gilt auch dann, wenn schriftliche Einwendungen gegen den geltend gemachten Anspruch erhoben werden. Diese Einwendungen kann das Gericht nur berücksichtigen, wenn sie im Termin vorgetragen werden. Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).

Wird in dem vorstehend bezeichneten Verhandlungstermin ein neuer Termin verkündet, so werden Sie zu dem neuen Termin nicht mehr gesondert geladen. Sie müssen dann auch ohne Ladung erscheinen.

Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.

2. **Gemäß §§ 273, 278 ZPO wird angeordnet:**

- 2.1. Das persönliche Erscheinen folgender Partei:

Beklagte _____

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens erfolgt zur Aufklärung des Sachverhalts (§ 141 Abs. 1 ZPO) und für einen Güteversuch (§ 278 Abs. 3 ZPO). Das Gericht wird bei Nichterscheinen einer Partei regelmäßig sofort in die mündliche Verhandlung eintreten (§ 279 Abs. 1 S. 1 ZPO) und bei Nichterscheinen beider Parteien bzw. deren Prozessbe-

vollmächtigten das Ruhen des Verfahrens anordnen (§ 278 Abs. 4 ZPO).

2.2. Die Klagepartei kann zum Schriftsatz der beklagten Partei vom 15.10.2012 Stellung nehmen bis zum 12.11.2012.

3. Hinweis gemäß § 139 ZPO:

3.1. Das Gericht weist die Klägerin darauf hin, dass die Beklagte keine uneingeschränkte Unterlassungserklärung abgegeben hat.

3.2. Die Beklagte trifft die sekundäre Darlegungslast, dass weder sie als Anschlussinhaberin, noch eine andere Person aus ihrer Sphäre für die streitgegenständliche Rechtsverletzung verantwortlich war. Darlegungs- und beweisbelastet dafür, dass eine Urheberrechtsverletzung über den Anschluss der Beklagten erfolgte, ist die Klägerin. Insoweit sind entsprechender Sachvortrag und Beweisangebot vorhanden. Soweit die Beklagte die fehlerfreie Ermittlung und Zuordnung der streitgegenständlichen IP-Adressen bestreitet, müsste ein Sachverständigengutachten zur Klärung dieser Frage eingeholt werden. Das Gericht weist weiter darauf hin, dass die Einholung eines Sachverständigengutachtens ein - im Verhältnis zur Klageforderung - nicht unerhebliches Kostenrisiko für die am Ende mit den Kosten des Rechtsstreits belastete Partei bedeutet. In vergleichbaren Fällen hat das Gericht den Kostenvorschuss nach Rücksprache mit dem Sachverständigen auf 6.000,00 € festgesetzt. Selbst bei einem nur teilweisen Unterliegen einer Partei (Schadensersatz oder Rechtsanwaltskosten) dürfte die insoweit verbleibende Kostenlast die gesamte Klageforderung regelmäßig übersteigen.

Sollte aber, ggf. nach Einholung eines entsprechenden Sachverständigengutachtens feststehen, dass der Anschluss der Beklagten fehlerfrei ermittelt wurde, trifft die Beklagte nach der Rechtsprechung des BGH (NJW 2010, 2061 bis 2064 - Sommer unseres Lebens) eine tatsächliche Vermutung dahingehend, dass sie als Inhaberin des fraglichen Anschlusses auch für über ihren Anschluss begangene Rechtsverletzungen verantwortlich ist. Aus dieser Vermutung ergibt sich für die Beklagte eine sekundäre Darlegungslast, die es ihr verwehrt, sich auf ein an sich zulässiges einfaches Bestreiten der Rechtsverletzung zurückzuziehen. Vielmehr muss die Beklagte als Anschlussinhaberin substantiiert zu allen fraglichen Tatzeitpunkten vortragen, warum sie als Verantwortliche nicht in Betracht kommt. Wird dieser Vortrag in erheblicher Weise bestritten, trifft die Beklagte neben der Darlegungs- auch die Beweislast für ihr Vorbringen.

Diesen Anforderungen genügt das Vorbringen der Beklagten bislang nicht.

3.3. Das Gericht rät den Parteien deshalb zu einer zeitnahen und endgültigen Beendigung des Rechtsstreits durch Abschluss des nachstehenden Vergleichs. Eine Fortsetzung des Rechtsstreits stünde - vor allem für die Beklagte - in keinem vernünftigen Verhältnis zum einem etwa möglichen, zusätzlichen Erfolg.

Vergleichsvorschlag:

1. Die Beklagte zahlt an die Klägerin einen Betrag in Höhe von 750,00 €. Damit sind

sämtliche streitgegenständlichen Forderungen abgegolten.

2. Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Beklagte.

Die Parteien können zu dem Vergleichsvorschlag innerhalb von zwei Wochen Stellung nehmen.

gez.



Richter am Amtsgericht



Für die Richtigkeit der Abschrift (Ablich-
tung)

München 23.10.2012


Urkundsbeamter der Geschäftsstelle